Deutscher Bundestag **Drucksache 16/4541**

16. Wahlperiode 06. 03. 2007

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (19. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Heike Hänsel, Dr. Diether Dehm, Wolfgang Gehrcke, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.
– Drucksache 16/2602 –

Nach dem Wiener Gipfel – die Beziehungen zwischen der EU und Lateinamerika solidarisch gestalten

A. Problem

Die Entwicklungszusammenarbeit der Europäischen Union mit Lateinamerika.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE.

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

den Antrag auf Drucksache 16/2602 abzulehnen.

Berlin, den 28. Februar 2007

Der Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Thilo Hoppe
Vorsitzender

Anette Hübinger
Berichterstatterin

Dr. Sascha Raabe
Berichterstatter

Dr. Karl Addicks
Berichterstatter

Heike Hänsel
Berichterstatterin

Ute Koczy
Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Anette Hübinger, Dr. Sascha Raabe, Dr. Karl Addicks, Heike Hänsel, Ute Koczy

I. Zum Beratungsverfahren

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 16/2602** in seiner 70. Sitzung am 30. November 2006 zur federführenden Beratung an den Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und zur Mitberatung an den Auswärtigen Ausschuss, den Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe sowie den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union überwiesen.

Der **Auswärtige Ausschuss** hat den Antrag in seiner 35. Sitzung am 28. Februar 2007 beraten. Er empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung des Antrags.

Der **Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe** hat den Antrag in seiner 26. Sitzung am 31. Januar 2007 beraten. Er empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Abwesenheit der Fraktion DIE LINKE. die Ablehnung des Antrags.

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat den Antrag in seiner 27. Sitzung am 31. Januar 2007 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE., die Ablehnung des Antrags.

Der federführende **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** hat den Antrag in seiner 30. Sitzung am 31. Januar 2007 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. beschlossen, dem Deutschen Bundestag die Ablehnung des Antrags zu empfehlen.

II. Zum Inhalt der Beratungen

Die **Fraktion DIE LINKE.** führte aus, die Verhandlungen des EU-Lateinamerikagipfels im vergangenen Jahr in Wien seien auch auf Grund des Widerstandes einzelner Länder wie Venezuela und Bolivien gescheitert. Dennoch habe die EU weiterhin großes Interesse daran, Assoziierungsabkommen mit Ländern Lateinamerikas abzuschließen; unter anderem seien Verhandlungen mit den Andenländern und Zentralamerika aufgenommen worden. Zudem habe die Bundeskanzlerin angekündigt, dass im Rahmen der EU-Ratspräsidentschaft Lateinamerika weiterhin im Fokus stehen werde. Auch der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) habe sich dahingehend geäußert, dass es wichtig wäre, zu Assoziierungsabkommen mit Freihandelskomponenten zu kommen. Die Fraktion DIE LINKE. sei davon überzeugt, dass es wichtig sei, andersgeartete Beziehungen aufzunehmen. Es gebe in Lateinamerika einen anderen politischen Trend in Richtung der Entwicklung solidarischer Wirtschaftssysteme und der Entwicklung einer anderen Form von Wirtschaftsabkommen, die auf regionale Integration und auf Komplementarität statt auf Reziprozität setzten. Davon könne auch Europa lernen. Es sei völlig falsch, wie in den Verhandlungen zum EU-AKP-Wirtschaftspartnerschaftsabkommen auf freie Märkte zu setzen, ohne im Blick zu haben, was die Bevölkerung wirklich brauche.

Die **Fraktion der CDU/CSU** entgegnete, Lateinamerika solle in ein freies Handelssystem eingebunden werden, damit eine Entwicklung mit sozialer Verantwortung vonstatten gehen könne. Wer wie der venezolanische Präsident Hugo Chavez auf das kubanische Erfolgsmodell rekurriere, nehme nicht zur Kenntnis, dass es in Kuba nach 48 Jahren keinen Fortschritt für die Bevölkerung gebe, weder im medizinischen noch im Bildungsbereich. Kuba exportiere seine Mediziner und Lehrer, um Einfluss zu nehmen, ohne die Bedürfnisse der eigenen Bevölkerung zu achten. Auch der Demokratisierungsprozess in den von der Fraktion DIE LINKE. genannten Ländern müsse mit einem Fragezeichen versehen werden. Die Legitimation der Regierung durch eine demokratische Wahl bedeute noch nicht, dass auch eine demokratische Regierungsführung erfolge.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** bemängelte, der vorliegende Antrag beschreibe die Situation auf dem lateinamerikanischen Kontinent einseitig und werde der Realität nicht gerecht. Er enthalte kaum konstruktive Elemente und spreche sich etwa nicht dafür aus, mit den Menschen in Lateinamerika, die für soziale Reformen eintreten, Kontakte aufzubauen oder die Lage der rechtlosen indigenen Bevölkerung anzusprechen. Dem werde der von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vorgeschlagene Ansatz einer strategischen Partnerschaft, in deren Rahmen auch die deutsche Entwicklungszusammenarbeit gefragt sei, weit besser gerecht.

Die **Fraktion der SPD** stellte fest, der vorliegende Antrag sei unsinnig, völlig verfehlt und ein Schlag ins Gesicht der Menschen in Lateinamerika. Er sei völlig unkritisch gegenüber den Ereignissen in Venezuela und schlage vor, in der Entwicklungszusammenarbeit auf die Einforderung von Partizipation, guter Regierungsführung und Demokratie zu verzichten und stattdessen den Kurs des venezolanischen Präsidenten Hugo Chavez zum Vorbild zu nehmen. Andere Formulierungen erweckten den Eindruck, als hätten die Vereinten Nationen eine Besatzungsmacht nach Haiti entsandt; in der Tat leisteten die VN-Truppen jedoch unter Einsatz ihres Lebens einen Beitrag zum Schutz der Ärmsten vor Vertreibung, Mord und Folter. Zu den Beziehungen zu Kuba sei festzustellen, dass kürzlich eine interfraktionell zusammengesetzte Gruppe von Mitgliedern des Deutschen Bundestages ausgeladen worden sei, weil sie neben anderen Gesprächspartnern auch mit Oppositionellen habe sprechen wollen.

Die **Fraktion der FDP** machte darauf aufmerksam, der von der Fraktion DIE LINKE. als Vorbild gepriesene venezolanische Präsident habe ein Bevollmächtigungsgesetz erlassen, das ihn ermächtige, Gesetze am Parlament vorbei zu verabschieden; er habe Fernsehlizenzen von Privatsendern eingezogen, die Parteien gleichgeschaltet und wolle Präsi-

dent auf Lebenszeit werden. Dieser Weg werde in die Katastrophe führen. Der vorliegende Antrag enthalte nichts als linke neosozialistische Ideologie.

Die **Fraktion DIE LINKE**. entgegnete, nicht DIE LINKE. verhalte sich ideologisch, es seien die anderen Fraktionen, die aus ideologischen Gründen eine Zusammenarbeit mit der Fraktion DIE LINKE. verweigerten. Es sei wichtig, ein differenzierteres Bild zu haben. In vielen Ländern hätten freie Märkte nicht zu mehr Wohlstand geführt. Kürzlich habe sie eines der weltweit größten Slums in Nairobi besucht; dies sei ein Ergebnis der Marktwirtschaft. Auf Kuba gebe es keine großen Slums, im Rest Lateinamerikas aber doch. Die anderen Fraktionen argumentierten an der Sache vorbei. Auch DIE LINKE. übe vor Ort in den Gesprächen Kritik an Hugo Chavez; diese Kritik sei punktueller Natur. Wenn sich die Länder Lateinamerikas immer mehr vom Westen abwendeten, dann sei dies im Wesentlichen eine Folge westlicher Politik.

Berlin, den 28. Februar 2007

Anette Hübinger
Berichterstatterin

Dr. Sascha Raabe
Berichterstatter

Dr. Karl Addicks
Berichterstatter

Heike Hänsel
Berichterstatterin

Ute Koczy
Berichterstatterin

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Telefax (02 21) 97 66 83 44
ISSN 0722-8333